

Stellungnahme von ARD-aktuell zu der E-Mail von Herrn Bernhard Moser vom 19.02.2017 zu einem Artikel auf tagesschau.de vom 17.02.2017

In seiner Programmbeschwerde vom 19.02.2017 wirft Herr Moser unserer Mitarbeiterin Silvia Stöber anti-russische Berichterstattung vor. Konkret bezieht er sich auf einen Artikel, der am 17.02.2017 auf tagesschau.de veröffentlicht wurde:

<http://www.tagesschau.de/ausland/usa-russland-sicherheitskonferenz-101.html>

Dazu nimmt Frau Stöber wie folgt Stellung:

Putins Rede und Taten:



Ich zitiere lediglich die Worte Präsident Putins 2007 auf der Sicherheitskonferenz in München und beschreibe Aktivitäten der russischen Führung danach. Unabhängig davon, wie Russland in der Entstehung der Konflikte involviert war, hat es seinen politischen und militärischen Handlungsspielraum durch das Eingreifen in Georgien, der Ukraine und Syrien erweitert.

Um nur das Beispiel Syrien zu nennen: Durch den am 30.09.2015 begonnenen Militäreinsatz in Syrien erlangte Russland mit der syrischen Armee und Kämpfern aus dem Iran die militärische Kontrolle über weite Teile des Landes. Dies und das Bündnis mit Assad und dem Iran erweiterten den politischen Spielraum. Russland nutzt es unter anderem, um sich diplomatisch für eine Beilegung des Konflikts einzusetzen und das bestehende Machtsystem um Assad, nicht notwendigerweise Assad selbst, fortbestehen zu lassen.

Zum Krieg in Georgien 2008:

Der von Herrn Moser genannte, unter Leitung der Schweizer Diplomatin Heidi Tagliavini erstellte EU-Bericht (http://www.mpil.de/files/pdf4/IIFMCG_Volume_I2.pdf) stellt fest, dass Georgiens Präsident Michail Saakaschwili den Befehl zum Marsch auf die südossetische Hauptstadt Zchinwali gab. Zudem wird festgestellt, dass dem Ausbruch der Kämpfe am Abend des 07.08.2008 eine lange Eskalationsphase in der Region vorausging, die durch alle Konfliktparteien angeheizt wurde.

Beteiligt waren daran auch südossetische Milizen durch den Beschuss georgischer Gebiete. Südossetische Milizen gingen den russischen Truppen bei der Eroberung von Territorium voran und begingen dabei Verbrechen an der Zivilbevölkerung. Im Jahr 2012 beschrieb Wladimir Putin als damaliger Ministerpräsident, dass Russland südossetische Milizen für einen militärischen Einsatz gegen Georgien ausgebildete hatte und diese 2008 „sehr mutig“ gegen die Georgier kämpften. Die Ausbildung der Milizen widersprach dem damals geltenden Waffenstillstandabkommen.

Der EU-Bericht von Tagliavini stellt zudem fest, dass die russische Armee viel weiter auf georgisches Territorium vordrang und mehr zivile Infrastruktur zerstörte, als für ein Zurückdrängen der georgischen Armee aus den abtrünnigen Gebieten notwendig gewesen wäre.

Entgegen dem mit dem französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy ausgehandelten Waffenstillstandsabkommen hielt die russische Armee mehr Territorium besetzt und stationierte mehr Soldaten und militärisches Gerät in den abtrünnigen Gebieten als vereinbart. Bis heute wird dieses Abkommen dadurch gebrochen, dass EU-Beobachter die unter Kontrolle der russischen Armee stehenden abtrünnigen Gebiete nicht betreten dürfen.

Hier mehr Informationen speziell zur Rolle der georgischen Regierung in einem Artikel von mir:

<http://www.tagesspiegel.de/politik/krieg-zwischen-georgien-und-russland-nur-ein-kleiner-krieg-am-rande-europas/8611668.html>

Und hier zum Konflikt um Südossetien eine ausführlichere Darstellung von mir:

<https://ifsh.de/file-CORE/documents/yearbook/english/10/St%C2%94ber-en.pdf>

Michail Saakaschwili ist in Georgien nicht wegen Kriegsverbrechen angeklagt, sondern wegen Amtsmissbrauchs (<http://www.civil.ge/eng/article.php?id=27544>) unter anderem im Zusammenhang mit der Niederschlagung von Protesten und der Beschlagnahme eines Fernsehsenders. Aber viele Georgier werfen Saakaschwili vor, im August 2008 falsch gehandelt zu haben. Saakaschwili ist inzwischen von seinem Posten als Gouverneur der Region Odessa zurückgetreten und hat kaum Chancen, seine politischen Ambitionen in der Ukraine umzusetzen.

Ukraine:

Ich spreche im Text von der Krim-Annexion und den Vorgängen in der Ostukraine und nicht von der politischen Krise in der Ukraine, die am 22.02.2014 zu einem Machtwechsel in Kiew führte.

Nach der Annexion der Krim hat Russland mehr militärisches Gerät auf der Halbinsel stationiert, was den militärischen Spielraum Russlands im Schwarzen Meer vergrößert. Mehr dazu ist zum Beispiel im „Moscow Defense Brief“ (5-2015) des angesehenen russischen Instituts Centre for Analysis of Strategies and Technologies in Moskau zu finden.

Zur Annexion der Krim:

Auf der Webseite des Valdai-Clubs, bei dem beispielsweise Putin 2014 auftrat, ist von der „Annexion der Krim“ die Rede

http://valdaiclub.com/publications/books/brothers_armed/

Ebenfalls zu der Thematik gibt es eine TV-Dokumentation des russischen Staatssenders Rossija 1 im März 2015, ein Jahr nach Annexion der Krim. Demnach hat Präsident Putin bereits vor dem Referendum auf der Krim am 16.03.2014 einen Plan für die Annexion ausarbeiten lassen. Er habe am 23.02.2014 gegen 7.00 Uhr seinem Stab mitgeteilt: „Wir sind gezwungen, die Arbeit an der Rückkehr der Krim in den Bestand Russlands zu beginnen.“

<http://www.dw.com/de/wie-putin-die-r%C3%BCckkehr-der-krim-befahl/a-18303506>

Die Dokumentation im Original:

https://russia.tv/video/show/brand_id/59195/episode_id/1180834/video_id/1147633/viewtype/picture/



Das Referendum am 16.03.2014 selbst war illegal, weil das laut UN-Charta geltende allgemeine Gewaltverbot verletzt wurde, da russische Elitekräfte ohne Kennzeichnung schon vor der Abstimmung präsent waren.

Auch gab es keine unabhängigen internationalen Beobachter beim Referendum. Stattdessen waren dort Beobachter des Eurasian Observatory for Democracy and Elections, im Rahmen dessen Antisemiten, Verschwörungstheoretiker und Rechtsradikale aktiv sind.

Gegner einer Übernahme durch Russland wurden vor dem Referendum eingeschüchtert und ukrainische Fernsehsender abgeschaltet. Nach der Annexion wurden die Rechte der Krimtataren eingeschränkt und eine militärische Aufrüstung begonnen.



Russland verstieß gegen das Budapester Referendum von 1994, in dem sich Russland mit den USA und Großbritannien zur Anerkennung der Souveränität der Ukraine verpflichtete im Gegenzug für deren Verzicht auf Nuklearwaffen. Die russische Regierung hätte diplomatische Optionen nutzen können, tat sie aber nicht. Hier eine völkerrechtliche Erläuterung dazu:

<http://www.nzz.ch/meinung/debatte/der-krim-konflikt-und-das-voelkerrecht-1.18265005>

Zbigniew Kazimierz Brzezinski:

Neben Zbigniew Kazimierz Brzezinski haben sehr viel mehr Experten, Präsidentenberater oder Politiker Bücher und Berichte mit vielfältigen Ansichten über die amerikanische Außenpolitik geschrieben. Brzezinski sah sich in den USA selbst massiver Kritik ausgesetzt. Zum Beispiel wurde er kritisiert, weil er sich für eine Unterstützung der Mudschahedin in Afghanistan nach dem Einmarsch der Sowjetarmee 1979 aussprach. Würde man Brzezinski zum einzigen Maßstab erheben, könnte man dies zum Beispiel im Falle Russlands auch mit Alexander Dugin tun, der bekanntermaßen ein großrussisches Reich anstrebt. Da wäre auch Dmitri Kisseljow zu nennen, der vor einem Millionenpublikum zum Beispiel vom Einsatz russischer Atombomben sprach.“

ARD-aktuell weist die Programmbeschwerde als unbegründet ab.

Dr. Kai Gniffke
10.03.2017